

An die Österreichische Bundesregierung  
z. Hdn. Herrn Bundeskanzler Werner Faymann  
Bundeskanzleramt  
Ballhausplatz 2  
1010 Wien

Wien, am 21. Jänner 2013

## Wo bleibt die österreichische Klimafinanzierung?

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

es ist unbestritten, dass der Klimawandel in den kommenden Jahrzehnten dramatische Auswirkungen auf die Umwelt und das Leben von Millionen Menschen haben wird. Angesichts dieser Gefahren und der Dringlichkeit des Handelns kommt der internationalen Klimafinanzierung fundamentale Bedeutung zu: Die internationale Gemeinschaft muss schnellstmöglich Geldmittel zur Verfügung stellen, um Maßnahmen zur Emissionsminderung, zum Schutz des globalen Waldbestandes, für klimafreundliche Entwicklung und Klimawandelanpassung in den Entwicklungsländern zu finanzieren.

Im Zuge der UN-Weltklimakonferenz in Doha haben mehrere Staaten diesbezüglich für die nächsten Jahre Geldzusagen abgegeben - darunter Deutschland 1,8 Mrd. Euro (für 2013), Großbritannien 2,2 Mrd. Euro (für 2013 und 2014) und Schweden, ein Land das von der Größe vergleichbar mit Österreich ist, sagte 283 Mio. Euro zu. Von österreichischer Seite wurde zugesagt ein Projekt für nachhaltiges Kochen in Westafrika im Wert von 50.000 Euro zu unterstützen. Das ist aus Sicht der Zivilgesellschaft für ein reiches Land wie Österreich zu wenig.

Wir möchten Sie daher dringend um Information darüber bitten, welchen Betrag Österreich 2013 bzw. in den nächsten Jahren für internationale Klimafinanzierung vorgesehen hat, nachdem es für die Jahre 2010 - 2012 jährlich immerhin 40 Millionen Euro Klima-Anschubfinanzierung zugesagt hatte. Wie bereits in unserem vor Doha veröffentlichten Positionspapier gefordert (siehe [www.klimaallianz.at](http://www.klimaallianz.at)), sollte Österreich transparent nachweisen, inwieweit es dieser Verpflichtung nachgekommen ist und sein Klimafinanzierungsprogramm in einem ersten Schritt auf mindestens 80 Mio. Euro jährlich für die Finanzierungsperiode 2013 - 2015 aufstocken, die zusätzlich zu den bestehenden ODA-Verpflichtungen zur Verfügung gestellt werden. Diese Gelder sollten insbesondere für einen signifikanten Beitrag zur Anfangsdotierung des Green Climate Fund, für eine Aufstockung des Auslandskatastrophenfonds und für zusätzliche, international beispielgebende bilaterale Klimaprojekte eingesetzt werden, mit deren Abwicklung die ADA beauftragt wird.

In diesem Zusammenhang möchten wir als äußerst positiv hervorstreichen, dass das im Dezember 2012 verabschiedete neue Dreijahresprogramm der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) für die Jahre 2013 bis 2015 Klimawandel zu einem Schwerpunktthema erklärt. Leider gibt es aber keinen Aufschluss darüber, inwieweit Maßnahmen und Projekte in diesem Bereich mit neuem und zusätzlichem Geld finanziert werden sollen.

Vielmehr muss angesichts des laut Prognose in den nächsten Jahren sinkenden operativen Budgets der ADA davon ausgegangen werden, dass die in Zukunft geplanten Klimaprojekte zu Lasten von wichtigen anderen entwicklungspolitischen Bereichen gehen werden, was im Sinne der bis 2015 angestrebten Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele, aber auch aus Gründen der Fairness und in Hinblick auf das ohnehin beschämend gering ausgestattete Budget der bilateral gestaltbaren Entwicklungshilfe unbedingt verhindert werden sollte.

Zudem sollte bei der Planung bzw. Finanzierung künftiger österreichischer Klimaprojekte und Initiativen unbedingt auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Bereichen Klimaschutz und Klimawandelanpassung geachtet werden. Es ist aus Sicht der Allianz für Klimagerechtigkeit zu begrüßen, dass Wien künftig zum Sitz der

neuen UN-Agentur für nachhaltige Energie werden soll und die OEZA die Bereiche Energie und Waldschutz stärken will. Die österreichische Klimafinanzierung sollte aber ebenso im Bereich Klimawandelanpassung, der international deutlich unterfinanziert ist, ihren Beitrag leisten, denn es sind insbesondere die Ärmsten der Armen in den Entwicklungsländern, die von den Auswirkungen des Klimawandels am meisten - und sehr oft lebensbedrohlich - betroffen sind. Auch für Katastrophenvorsorge bzw. Katastrophenhilfe sollte deutlich mehr Budget zur Verfügung gestellt und der Auslandskatastrophenfonds entsprechend aufgestockt werden.

Zusätzlich rufen wir Sie dringend auf, sich im Rahmen der EU für verbesserten Klimaschutz und verlässliche, vorhersehbare Klimafinanzierung einzusetzen, die die im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit schon gegebenen Finanzierungsversprechen zusätzlich ergänzt und über einen klar definierten Stufenplan sicherstellt, dass die Industrieländer spätestens ab 2020 ihr Versprechen einlösen, den Entwicklungsländern jährlich 100 Milliarden Dollar an Klimafinanzierung zur Verfügung zu stellen. Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang dem derzeit verhandelten Mehrjährigen Finanzrahmen der EU für die Jahre 2014 - 2020 zu, der Maßnahmen im Klimabereich hohe Priorität geben sollte - im Binnenbereich ebenso wie im Bereich Äußere Beziehungen/Entwicklungszusammenarbeit.

Sehr gern würden wir die oben genannten Punkte bzw. auch weitere aktuelle Forderungen der Allianz für Klimagerechtigkeit bei einem persönlichen Gespräch mit Ihnen und Ihren MitarbeiterInnen besprechen und bitten Sie um Nachricht, wann Sie einen solchen Termin ermöglichen können.

Mit besten Grüßen



Heinz Hödl/KOO



Max Santner/ÖRK



Andrea Wagner-Hager/CARE Österreich



Herbert Wasserbauer/DKA



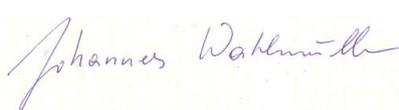
Johanna Mang/AGGV



Gerald Steindlegger/WWF



Peter Molnar/Klimabündnis



Johannes Wahlmüller/GLOBAL 2000

im Namen der Österreichischen Allianz für Klimagerechtigkeit

Kopie ergeht an: Vizekanzler und BM Michael Spindelegger, BM Norbert Darabos, BM Doris Bures, BM Maria Fekter, BM Karlheinz Töchterle, BM Alois Stöger, BM Rudolf Hundstorfer, BM Gabriele Heinisch-Hosek, BM Johanna Mikl-Leitner, BM Claudia Schmied, BM Reinhold Mitterlehner, BM Nikolaus Berlakovich, BM Beatrix Karl, Staatssekretär Sebastian Kurz, Staatssekretär Reinhold Lopatka, Staatssekretär Josef Ostermayer, Staatssekretär Andreas Schieder

